

KLIMA DER UNGLEICHHEIT

WIE EXTREMER REICHTUM
WELTWEIT DIE KLIMAKRISE, ARMUT
UND UNGLEICHHEIT VERSCHÄRFT



INHALT

1. KLIMA UND UNGLEICHHEIT: DIE DOPPELTE KRISE 3
 2. EXTREMER REICHTUM ZERSTÖRT UNSEREN PLANETEN 4
 3. UNGLEICHE FOLGEN DER KLIMAKRISE 7
 4. DER WEG AUS DER KRISE 9
 5. OXFAMS FORDERUNGEN 12
- QUELLEN 13

1. KLIMA UND UNGLEICHHEIT: DIE DOPPELTE KRISE

Trotz des Pariser Klimaabkommens steuert die Welt ungebremst auf eine katastrophale Entwicklung der Klimakrise zu. Regelmäßig lesen wir in den Nachrichten wie die Klimakrise Menschenleben kostet und Lebensgrundlagen, Häuser, Infrastruktur, Kultur und Traditionen zerstört. Diese Nachrichten kommen vor allem aus den Ländern des Globalen Südens. Zunehmend macht sich die Klimakrise aber auch in den wirtschaftlich privilegierten Ländern bemerkbar.

Dennoch verbrennen wir nach wie vor gewaltige Mengen an Erdöl, Erdgas und Kohle, betreiben industrielle Landwirtschaft und holzen oder brennen Wälder ab. Das alles verursacht große Mengen an Treibhausgasen, die die Atmosphäre aufheizen. Schon heute liegt deswegen die globale Durchschnittstemperatur um etwa 1,1°C höher als noch zu Beginn der Industrialisierung. Und das ist nur der Anfang: Obwohl im Pariser Abkommen vereinbart ist, die globale Erwärmung langfristig auf maximal 1,5°C zu begrenzen, bewegen wir uns derzeit auf plus 2,7°C bis Ende des Jahrhunderts zu. Denn fast kein Land ist bereit, fair und angemessen zum globalen Klimaschutz beizutragen – auch Deutschland nicht. Konzerne investieren weiter in die Förderung fossiler Ressourcen, und der Ausbau der erneuerbaren Energien geht viel zu langsam voran. Dabei sind die 1,5°C des Pariser Abkommens nicht zufällig gewählt. Sie stellen die Grenze dar zu einem Szenario, bei dem die klimatischen Veränderungen nach derzeitigem Wissensstand zunehmend außer Kontrolle geraten. Ohne eine rasche Verringerung der Treibhausgasemissionen dürfte diese Grenze schon bald nicht mehr zu halten sein.

Hauptverantwortlich für die derzeitige Situation sind die Industrieländer, reiche und superreiche Einzelpersonen durch extremen Konsum und klimaschädliche Investitionen sowie die fossilen Konzerne, die weiterhin an ihrem zerstörerischen Geschäftsmodell festhalten. Die Folgen sind in allen Teilen der Welt und für die meisten Menschen spürbar. Doch Menschen in Armut, marginalisierte Gruppen – darunter insbesondere Frauen und Mädchen – und die einkommensschwachen Länder des Globalen Südens sind von den Folgen der Klimakrise am stärksten betroffen. Gleichzeitig haben sie kaum oder gar nicht zur Krise beigetragen. Die aktuelle Politik, ob national oder weltweit, benachteiligt diese Gruppen und Länder besonders. Reiche Menschen und Industrienationen hingegen haben die Mittel und den Einfluss, um sich vor den Folgen der Klimakrise zu schützen – noch.

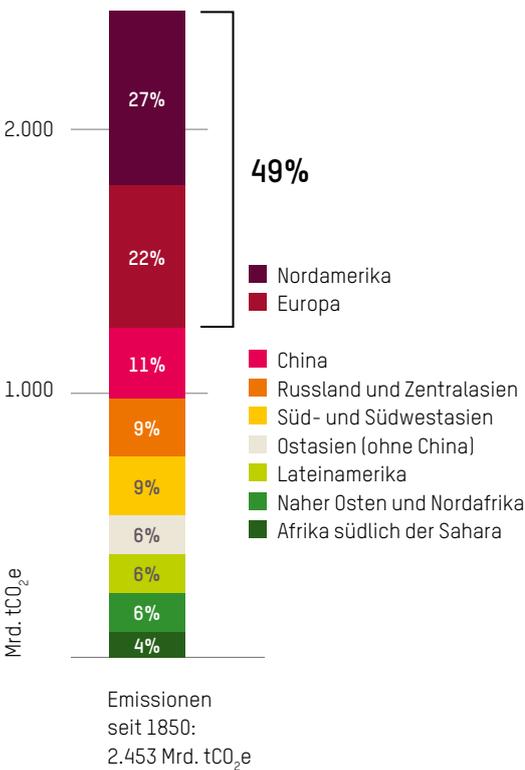
Die Klimakrise und extreme soziale Ungleichheit sind keine voneinander getrennten Krisen, sondern eng miteinander verwoben. Extreme Ungleichheit und die Klimakrise verschärfen sich gegenseitig und müssen deswegen auch gemeinsam angegangen werden.

Dabei gilt es nicht nur, die Länder und Konzerne für ihre aktuellen und historischen Emissionen in die Verantwortung zu nehmen, sondern insbesondere auch die Reichen und Superreichen, die durch extremen Konsum, klimaschädliche Investitionsentscheidungen und politische Einflussnahme stark zur Klimakrise beitragen.

2. EXTREMER REICHTUM ZERSTÖRT UNSEREN PLANETEN

Betrachtet man die Treibhausgasemissionen nach Ländern, sind die reichen Industrieländer für rund die Hälfte aller Treibhausgase seit 1850 verantwortlich. Würde man zudem das mit der 1,5°C-Grenze des Pariser Abkommens gerade noch verträgliche Gesamtbudget an Treibhausgasemissionen gleich auf alle Menschen verteilen, wären die Industrieländer sogar für über 90 Prozent der darüberhinausgehend ausgestoßenen Treibhausgase verantwortlich – und dass, obwohl China inzwischen das Land mit den weltweit höchsten Emissionen ist. Auch wenn einige Schwellenländer inzwischen ebenfalls viele Treibhausgase ausstoßen, bleiben die Pro-Kopf-Emissionen auffallend ungleich verteilt: Der durchschnittliche Klima-Fußabdruck einer Person die in den USA lebt, ist zehnmal so groß wie der einer Person die in Indien lebt.¹

Abb. 1: Historische Treibhausgasemissionen seit 1850



↳ 49 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen (in CO₂-Äquivalenten) zwischen 1850 und 2019 gingen auf das Konto Europas und Nordamerikas. Quelle: World Inequality Lab (2023): Climate Inequality Report 2023.

Die Rolle von Unternehmen, insbesondere der fossilen Energieunternehmen, als Verursacher der Klimakrise ist ebenfalls gut dokumentiert. Eine viel beachtete Studie ergab, dass 71 Prozent der CO₂-Emissionen des Industriesektors von nur hundert Öl-, Kohle- und Gasproduzenten stammen.²



Weiß: „Weiß“ beschreibt keine biologische Kategorie oder Hautfarbe, sondern eine sozial privilegierte Position im Zusammenhang mit Rassismus. Um dies anzuzeigen, wird der Ausdruck kursiv geschrieben.

Schwarz: „Schwarz“ ist eine politische Selbstbezeichnung von Menschen mit afrikanischer oder afrodiasporischer Geschichte. Gemeint ist keine Hautfarbe oder biologische Kategorie, sondern eine geteilte Lebensrealität aufgrund der Erfahrung von Rassismus. Um das deutlich zu machen, wird der Begriff immer groß geschrieben.

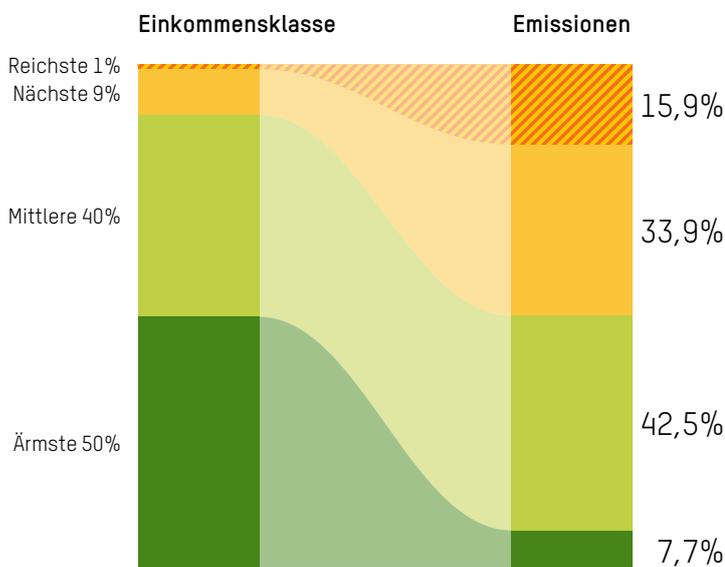
BIPOC: Der Begriff BIPOC ist eine widerständige Sammelbezeichnung für Menschen mit Rassismuserfahrung. Es ist die Abkürzung von Black, Indigenous and People of Color. Dies sind positiv besetzte, politische Selbstbezeichnungen rassistisch diskriminierter Menschen. Sie bezeichnen keine biologischen Kategorien oder Hautfarben, sondern soziale Positionen, die Rassismus schafft. Black beschreibt Menschen mit afrikanischer oder afrodiasporischer Geschichte. Indigenous steht für die Nachfahren der Menschen, die im Kontext des europäischen Kolonialismus, insbesondere in Amerika, kolonisiert wurden. People of Color ist eine selbst gewählte, solidarisierende Bezeichnung verschiedenster Menschen, die Rassismus erleben. Die Abkürzung BIPOC erkennt gemeinsame, aber auch gruppenspezifische Rassismuserfahrungen an und macht diese sichtbar.

Brandbeschleuniger: Die exzessiven Treibhausgase der Reichen und Superreichen

Auch die Betrachtung nach Einkommen und Wohlstand zeigt ein extremes Bild, sagt sie doch viel über bestehende Ungleichheiten auch innerhalb von Landesgrenzen aus. Dass mit steigendem Wohlstand der Konsum wächst, ist wissenschaftlich gut belegt – und wenig überraschend. Je reicher die Menschen, desto mehr Emissionen haben sie durch häufigere Flugreisen, größere Wohnungen und insgesamt höheren Konsum zu verantworten, im Extremfall mit eigenen Privatjets, Megajachten und Luxusvillen:

- Die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung verursachten 2019 die Hälfte aller weltweiten CO₂-Emissionen. Zu diesen reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung gehören rund 53 Prozent der Deutschen.
- 2019 war das reichste Prozent der Weltbevölkerung für 16 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich, soviel wie die ärmeren zwei Drittel der Weltbevölkerung, rund fünf Milliarden Menschen, zusammengenommen.
- Über den Zeitraum 1990–2019 hatte das reichste Prozent doppelt so viele CO₂-Emissionen zu verantworten wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.
- 2030 werden die Pro-Kopf-Emissionen des reichsten Prozents der Weltbevölkerung voraussichtlich 22-mal höher sein, als es mit einer Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 1,5 °C verträglich wäre. Die Emissionen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung im Jahr 2030 werden dagegen nur ein Fünftel des maximal Verträglichen betragen.³

Abb. 2: Verteilung der Emissionen nach Einkommensklassen 2019 (weltweit)



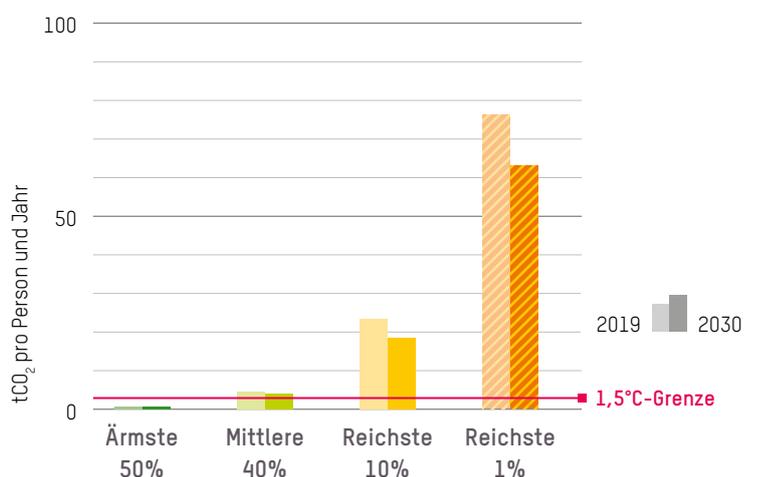
Quelle: Oxfam/Stockholm Environment Institute.

Die Reichen und Superreichen befeuern die Klimakrise auf verschiedene Weise:

- Durch extremen Konsum und exzessiven Lebensstil, Megajachten, Privatjets, Luxusvillen und den daraus folgenden immensen CO₂-Fußabdruck.
- Durch Investitionen und Beteiligungen an klimaschädlichen Industrien und ihr Interesse an der Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Status quo.
- Durch ihren hohen Einfluss auf Medien, Wirtschaft, Politik und politische Entscheidungen.

Während die geschilderten Verhältnisse die unterschiedliche Verantwortung für Treibhausgasemissionen nur anhand von Einkommensklassen wiedergeben, passen sie auch zu bestehenden Machtstrukturen und anderen Aspekten sozialer Ungleichheit, die für unterschiedliche CO₂-Fußabdrücke sorgen. Oder: Frauen, BIPOC und marginalisierte Bevölkerungsgruppen sind statistisch gesehen oft weniger verantwortlich für hohe Treibhausgasemissionen als *weiße* Männer. Das fängt schon damit an, dass in den hohen Einkommensklassen (mit ihrem entsprechenden CO₂-Fußabdruck) *weiße* Männer gegenüber Frauen, BIPOC und marginalisierten Gruppen unverhältnismäßig stark vertreten sind.⁴ In den USA sind die Pro-Kopf-Emissionen in jenen Stadtvierteln am höchsten, in denen vor allem *weiße* Menschen wohnen. Schwarze US-Amerikaner*innen⁵ zeigen im Vergleich hingegen weniger hohe Pro-Kopf-Emissionen auf, trotz häufig schlechter isolierten Wohngebäuden.⁶ Männer nutzen oft mehr Energie als Frauen – in Deutschland acht Prozent mehr, in Norwegen sechs Prozent und in Schweden sogar 22 Prozent mehr.⁷ In vielen Ländern sind Frauen mit hohen Treibhausgasemissionen verbundene Lebensgewohnheiten auch einfach verwehrt. Nach Untersuchungen haben beispielsweise Frauen, die in westafrikanischen Ländern leben⁸, oder durch das Kastensystem marginalisierte Gruppen in Indien deutlich geringeren Zugang zu Energiedienstleistungen.⁹

Abb. 3: Pro-Kopf-Emissionen nach Einkommen (weltweit)



↳ Die Abbildung zeigt die Pro-Kopf-Emissionen von CO₂ nach Einkommensklassen 2019 sowie die geschätzte Veränderung bis 2030 unter Berücksichtigung der derzeitigen Klimaschutzpläne der Länder unter dem Pariser Abkommen. Die durchgezogene Linie zeigt an, auf welches Niveau die weltweiten Pro-Kopf-Emissionen bis 2030 sinken müssten, um die 1,5°C-Grenze noch einhalten zu können: 2,8 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr.¹⁰ Quelle: Oxfam/Stockholm Environment Institute.

Die Zahlen für Deutschland¹¹

Abb. 4.1: Pro-Kopf-Emissionen nach Einkommen 2019 (Deutschland)

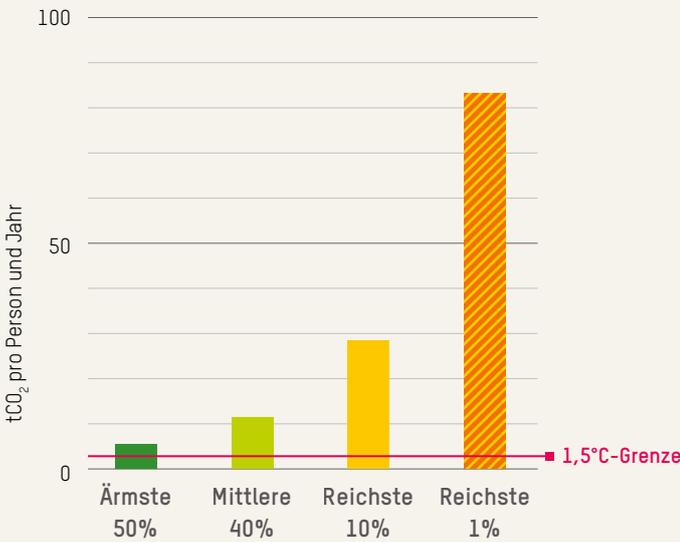
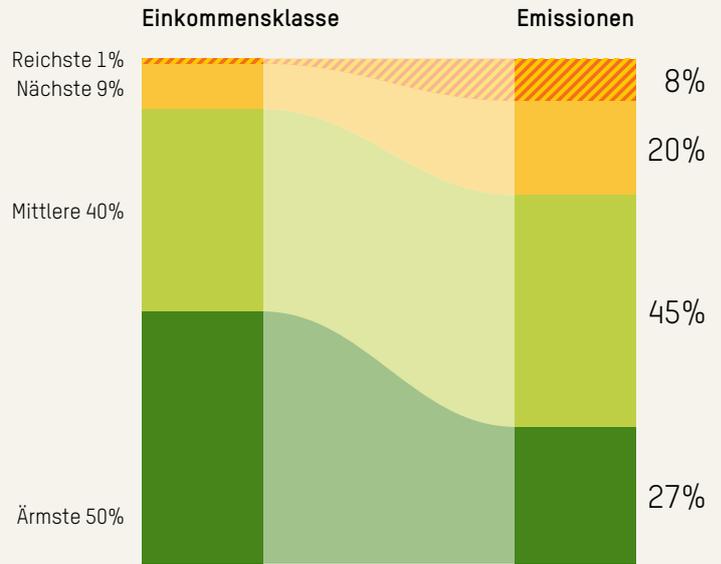


Abb. 4.2: Verteilung der Emissionen nach Einkommensklassen 2019 (Deutschland)



Auch in Deutschland unterscheiden sich die Verantwortlichkeiten für die Klimakrise deutlich.

Quelle: Oxfam/Stockholm Environment Institute.

- Das reichste Prozent in Deutschland war 2019 für durchschnittlich 83,3 Tonnen CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr verantwortlich – mehr als fünfzehnmal so viel wie ein Mensch aus der ärmeren Hälfte der Deutschen (5,4 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr) und immer noch siebenmal so viel wie ein Mensch aus der verhältnismäßig begüterten Mittelschicht der mittleren 40 Prozent (11,4 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr).
- Die reichsten zehn Prozent der Menschen in Deutschland waren 2019 für 28 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich, das reichste Prozent für acht Prozent.
- Über den Zeitraum 1990–2019 sind in Deutschland die Pro-Kopf-Emissionen aller Einkommensgruppen gesunken, allerdings in sehr unterschiedlichem Maße. Während die ärmere Hälfte der Deutschen ihre Emissionen um 37 Prozent und die mittleren 40 Prozent um 36 Prozent reduzieren konnten, schafften die reichsten zehn Prozent nur 24 Prozent Reduktionen und das reichste Prozent nur 12 Prozent.

Investitionen in Verschmutzung

Einen besonders klimaschädlichen Lebensstil pflegen die Superreichen. Laut einer Studie zu den Emissionen von 20 in der Öffentlichkeit bekannten Milliardär*innen verursacht jede*r von ihnen durchschnittlich über 8.000 Tonnen CO₂ pro Jahr.¹² Das übersteigt die im Jahr 2030 für ein 1,5°C-Szenario noch verträglichen Pro-Kopf-Emissionen um das 2.857-fache. Bei den Superreichen sind *weiße* Männer übrigens stark überrepräsentiert. Nur 124 der 1.000 reichsten Milliardär*innen weltweit sind Frauen und nur fünf sind Schwarz.¹³

Nicht nur der Konsum durch Verbraucher*innen beeinflusst die Menge der Treibhausgase, die die Welt jährlich erzeugt, sondern insbesondere auch die Frage, wie die Reichen und Superreichen ihr oft immenses Vermögen investieren. Nach einer Analyse von Oxfam erzeugen die Investitionen von 125 der reichsten Milliardär*innen der Welt¹⁴ im Durchschnitt pro Milliardär*in jedes Jahr Emissionen von drei Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten. Das entspricht den durchschnittlichen Emissionen von rund einer Millionen Menschen aus den ärmeren 90 Prozent der Weltbevölkerung.¹⁵

Nur ein einziger der hier betrachteten untersuchten Milliardär*innen investierte in ein Unternehmen für erneuerbare Energien. Mit ihren Investitionen können die Reichen und Superreichen mitbestimmen, was in den größten und mächtigsten Unternehmen der Welt passiert. Damit haben sie auch großen Einfluss auf die Wirtschaft als Ganzes, das Konsumverhalten der Menschen, auf die Politik und die Medien – mit enormer Wirkung auf die fortgesetzte Nutzung fossiler Brennstoffe und die weltweiten Treibhausgasemissionen.¹⁶



→ Versiegen die Wasserquellen infolge jahrelanger Dürre, müssen vor allem Frauen oft weite Wege zurücklegen, um die Versorgung der Familie mit Wasser sicherzustellen. © Loliwe Phiri/Oxfam.

3. UNGLEICHE FOLGEN DER KLIMAKRISE

Extreme Wetterereignisse wie Überschwemmungen, Dürren und Stürme werden immer häufiger und verheerender. Auch die langfristigen Auswirkungen der Klimakrise sind bereits jetzt Realität, etwa sinkende Ernteerträge oder zunehmende Wasserknappheit.

Während einkommensstarke Personen und Länder des Globalen Nordens die Klimakrise verantworten, sind auch die Beeinträchtigungen, die durch die rasant voranschreitende Erderwärmung entstehen, enorm ungleich verteilt.

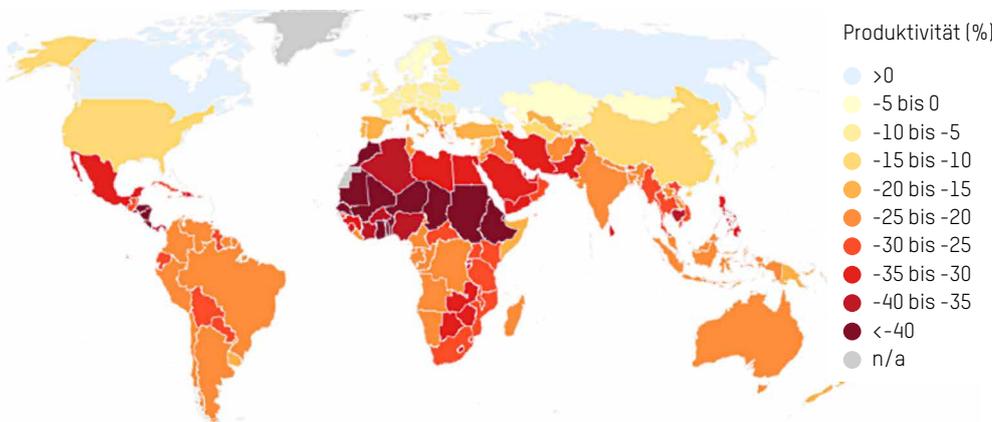
Obwohl auch bei uns Orkane, Hitzewellen und Hochwasser mit teilweise katastrophalen Folgen wie im Ahrtal die Klimakrise zunehmend spürbar machen, sind Länder und Menschen, die am wenigsten für die globale Erhitzung verantwortlich sind, am stärksten davon betroffen: die Länder des Globalen Südens sowie in Armut lebende Menschen und marginalisierte Gruppen, vor allem Frauen und Mädchen. Sie haben zudem weniger Mittel, auf die Veränderungen zur reagieren, sich anzupassen oder unvermeidliche Schäden auszugleichen und sich beispielsweise von Stürmen, Überschwemmungen oder Dürren wieder zu erholen.

In vielen Ländern, vor allem im Globalen Süden, leben Menschen mit geringerem Einkommen oft in Gebieten, die anfälliger sind für Überschwemmungen, Starkregen, Hitzestress und Stürme und in Gebäuden, die mitunter nicht einmal das Mindestmaß an Sicherheit (etwa gegen Überschwemmungen) erfüllen.¹⁸ Ihr Landbesitz ist oft nicht ausreichend registriert oder anerkannt, ihre Vermögenswerte oft nicht versichert, so dass sie bei einer Katastrophe alles verlieren können. Außerdem sind sie in der Regel weniger gut über bestehende oder künftige Klimarisiken informiert, um sich entsprechend vorbereiten zu können. Warnungen vor unmittelbar bevorstehenden Extremwittersituationen erreichen sie oft nicht.¹⁹ Vor allem aber haben viele Menschen mit geringem Einkommen keine Ersparnisse und keinen Zugang zu Sozialleistungen und sozialen Sicherungssystemen, um die Folgen einer Notlage abfedern zu können, außerdem haben sie oft deutlich weniger Einfluss auf politische Prozesse, die unter anderem für den Wiederaufbau nach Katastrophen wichtig sein können.²⁰

Reiche Menschen auf der ganzen Welt leben dagegen meist in Gegenden, in denen es seltener zu Überschwemmungen oder anderen Katastrophen kommt. Ihre Gebäude sind widerstandsfähiger, etwa gegen Stürme, sie können sich den Luxus klimatisierter Räume erlauben, während in einfacheren Wohnverhältnissen extreme Hitze zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen und oft auch tödliche Werte erreichen kann. Wenn sie dennoch von

den Folgen der Klimakrise direkt betroffen sind, verfügen reiche Länder und Menschen in der Regel über die Mittel und Möglichkeiten für den Wiederaufbau. Darunter fallen finanzielle Ressourcen, Zugang zu Versicherungen, beispielsweise gegen Extremwetter, und Informationen, etwa hinsichtlich bestehender Aufbauprogramme der Regierung. Insbesondere haben reiche Menschen üblicherweise auch größeren Einfluss auf politische Entscheidungen.

Abb. 5: Abnahme der landwirtschaftlichen Produktivität zwischen 1961 und 2015



↳ Der Globale Süden ist von den Folgen der Klimakrise deutlich stärker betroffen – hier gemessen an der landwirtschaftlichen Produktivität. Sie hat in einigen tropischen und subtropischen Ländern wegen des Klimawandels um über 40 Prozent abgenommen. Quelle: Ortiz-Bobea et al. (2021).¹⁷

Frauen in der Klimakrise

Die Klimakrise trifft Frauen oft härter als Männer, denn häufig haben sie weniger Zugang zu Bildung, Geld und Land. Gleichzeitig ist Frauen oft die Teilhabe an politischen Entscheidungen verwehrt.

Im Vergleich zu Männern haben Frauen, insbesondere diejenigen mit einem niedrigeren sozioökonomischen Status, nach einer klimabedingten Katastrophe tendenziell einen schlechteren Zugang zu Unterstützung, geringere Überlebenschancen und eine niedrigere Lebenserwartung.²¹

Gründe für die höhere Vulnerabilität von Frauen sind in vielen Ländern unter anderem ihre strukturelle Benachteiligung, soziale Normen – die beispielsweise dazu führen können, dass Frauen nicht schwimmen lernen; bei einer Sturmflut ein gefährlicher Nachteil – oder traditionelle Rollenmuster, darunter Pflege- und Fürsorgearbeit. Sie wird zumeist von weiblichen Familienmitgliedern übernommen und bringt nach Unwetterkatastrophen und auch durch die allmählichen Veränderungen oft erhebliche Mehrbelastungen mit sich. Zum Beispiel müssen Frauen und Mädchen, die oft für die Versorgung des Familienhaushalts mit Wasser zuständig sind, in Gebieten, in denen das Wasser knapp wird oder es an entsprechender öffentlicher Infrastruktur mangelt, immer weitere Wege zurücklegen, um Wasser zu holen. Insgesamt müssen in vielen Situationen Frauen wegen der Klimakrise immer mehr Zeit aufbringen, um den für sie vorgesehenen Rollen, etwa die Versorgung der Familien, gerecht zu werden – Zeit, die ihnen beispielsweise fehlt, um Einkommen zu erwirtschaften.

Nach wie vor sind Frauen in Dorfräten, Parlamenten, in der Justiz, in Unternehmen und auf internationalen Foren stark unterrepräsentiert. Kein Wunder also, dass bei Entscheidungen oftmals Interessen, Blickwinkel und das Wissen der Frauen nicht oder nur wenig berücksichtigt werden und alte Rollenmuster zementiert bleiben.

Dabei sind Frauen in vielen Ländern nicht nur stark von der Klimakrise betroffen, sondern auch wichtige Akteurinnen des Wandels. Ihre Perspektive ist entscheidend für eine erfolgreiche Bewältigung der Klimakrise. Zum Beispiel spielen Frauen eine unverzichtbare Rolle dabei, die landwirtschaftliche Produktivität und die Ernährungssicherheit zu verbessern. Darüber hinaus führt ein höherer Frauenanteil in Führungspositionen in der Politik oder in der Wirtschaft zu weniger Emissionen.²² Eine Studie unter zweitausend Unternehmen in 24 Industrieländern hat ergeben, dass eine Erhöhung des Frauenanteils im Management um ein Prozent zu einem halben Prozent weniger Emissionen führt. Unternehmen mit höherem Frauenanteil konnten in der Zeit nach Verabschiedung des Pariser Abkommens ihre Emissionen um fünf Prozent mehr reduzieren als Unternehmen mit vornehmlich Männern in den Führungsetagen.²³



↳ Hilda Flavia Nakabuye lebt in Kampala und ist Gründerin von Fridays for Future in Uganda. Sie führt Workshops zu Klimaungleichheit mit Student*innen durch und organisiert Aufräumaktionen rund um den Viktoriasee. Hilda ist derzeit auch an den Protesten gegen die EACOP-Pipeline beteiligt. Der Kampf gegen Rassismus und Geschlechterfragen sind ein großer Teil ihrer Agenda. Hilda wird im Vorfeld der Weltklimakonferenz (COP 28) mit anderen Klimaaktivist*innen und Oxfam zusammenarbeiten. © Emmanuel Museruka/Oxfam.

Die Klimakrise ist auch eine Krise der extremen Ungleichheit – nicht nur in der Frage, wer verantwortlich und wer auf welche Weise betroffen ist. Die Klimakrise droht auch die ohnehin schon bestehende extreme Ungleichheit noch weiter zu verschärfen, da sie bereits bestehende Spaltungen vergrößert und verschärft. Nach einem Bericht von 2019 für das Weltwirtschaftsforum ist die ökonomische Ungleichheit zwischen den einkommensschwachen Ländern und den Industrieländern wegen der zunehmenden Beeinträchtigungen für die wirtschaftliche Entwicklung heute um ein Viertel größer, als es ohne den Klimawandel zu erwarten gewesen wäre.²⁴



→ Das Gebiet um den Bandra Kurla Komplex in Mumbai ist eine Mischung aus extremen Reichtum und extremer Armut. In der benachbarten informellen Siedlung Dharavi kann es bis zu sechs Grad heißer werden. © Johnny Miller/Unequal Scenes.

4. DER WEG AUS DER KRISE

Nur eine radikale Verringerung der Ungleichheit, transformativer Klimaschutz und eine grundlegende Neuausrichtung unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ziele, darunter auch die Überwindung patriarchaler Strukturen, können unseren Planeten retten und gleichzeitig das Wohlergehen aller Menschen frei von Armut sicherstellen. Dafür sind transformative wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen erforderlich sowie beispiellose Veränderungen in der Art und Weise, wie wir unser Leben führen, insbesondere in den Industrieländern. Eine solche Transformation ist möglich, braucht aber visionäres Denken und politischen Willen – und breite öffentliche Unterstützung, die es nur geben wird, wenn die Anstrengungen gerecht verteilt²⁵ und insbesondere die Bedürfnisse der Mehrheit über die Profite weniger Konzerne und ihrer Eigentümer*innen gestellt werden.

Menschen mit geringem Einkommen leben eher in Gegenden mit schlecht ausgebaute Infrastruktur und sind oft auf das Auto angewiesen. Meist leben sie zur Miete, und das womöglich in einem schlecht isolierten und mit fossilen Energien beheizten Haus, und haben oft nur eingeschränkte Möglichkeiten, ihre Treibhausgasemissionen signifikant zu verringern. Gleichzeitig sind sie stärker von Inflation und steigenden Kosten etwa für Lebensmittel, Energie oder Wohnen betroffen.²⁶ Umso wichtiger ist es also, weitere Belastungen für Menschen mit geringem Einkommen zu vermeiden und vielmehr die Reichen und Superreichen stärker auch finanziell in die Pflicht zu nehmen.

Darauf weist auch eine Umfrage in Deutschland des Umweltbundesamts (UBA) hin: Demnach befürworten 91 Prozent der Befragten prinzipiell einen umwelt- und klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft. Gleichzeitig befürchten aber drei Viertel, dass sich dadurch die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert. 39 Prozent haben zudem Angst vor einem sozialen Abstieg.²⁷ Diese und andere Untersuchungen legen nahe, dass auch die Politik in Deutschland Ungleichheiten viel stärker in den Fokus nehmen und Klima- und Verteilungspolitik konsequent miteinander angehen muss.²⁸

Abkehr von fossilen Brennstoffen: die Reichen in die Pflicht nehmen

Um die schlimmsten Szenarien der Klimakrise noch zu verhindern, müssen die weltweiten Emissionen bis 2030 um rund die Hälfte und bis 2050 auf null sinken. Das erfordert eine entschlossene Abwendung von fossilen Energien hin zu den erneuerbaren Energien, insbesondere Windkraft und Solarenergie, außerdem eine wesentlich effizientere Energienutzung und eine Reduzierung des Verbrauchs. Dieser Umbau muss nicht nur schnell und umfassend, sondern auch fair gestaltet sein.

Der Übergang zu den erneuerbaren Energien wirkt sich auf wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Ebene vorteilhaft aus, etwa durch einen besseren Zugang zu Energie, größere Energiesicherheit, neue grüne Arbeitsplätze, Schutz vor schwankenden Brennstoffpreisen, eine geringere Umweltbelastung und eine dezentrale, lokale Energieerzeugung, idealerweise in den Händen der Bürger*innen. All das kann neben Klimaschutz auch bestehende Ungleichheiten verringern und wichtige Ziele der nachhaltigen Entwicklung fördern.

Wessen Handeln gefragt ist, liegt auf der Hand: Die Industrieländer verfügen nicht nur über die nötige Wirtschaftskraft und im Weltmaßstab sehr hohen Reichtum, sondern sind auch die Hauptverursacher der Klimakrise. Sie müssen die Abkehr von den fossilen Energien schneller umsetzen, um wirtschaftlich benachteiligten Ländern mit oft ohnehin nur geringen Emissionen mehr Spielraum zu ermöglichen, die dringendsten Herausforderungen zu bewältigen – darunter der fehlende Zugang zu grundlegenden Energiedienstleistungen, der auch eine Ursache für bestehende Ungleichheit ist. Nach wie vor haben weltweit rund 675 Millionen Menschen weltweit keinen Zugang zu Elektrizität und 2,3 Milliarden Menschen kochen mit gesundheits- und umweltschädigenden Brennstoffen und Technologien, was jährlich über drei Millionen Todesfälle verursacht.²⁹

Aus ihrer Verantwortung für die Krise leitet sich für die Industrieländer auch die Verpflichtung zur Unterstützung einkommensschwacher Länder bei der klimafreundlichen Entwicklung, der Anpassung an die klimatischen Veränderungen und zum Ausgleich unvermeidlicher Schäden und Verluste durch Stürme, Überschwemmungen oder Dürren im Globalen Süden ab. Immerhin verpflichteten sich die Industrieländer 2009, die finanzielle Unterstützung für Klimaschutz und Anpassung in wirtschaftlich benachteiligten Ländern auf 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu erhöhen. Bislang haben sie dieses Versprechen allerdings nicht eingehalten: Im Jahr 2020 wurden nur 83,3 Milliarden US-Dollar erreicht, und auch dies nur durch allzu großzügiges Zusammenzählen bereitgestellter und mobilisierter Gelder.³⁰

Aber auch reiche Bevölkerungsgruppen und die klimaschädliche Industrie stehen in der Pflicht, ihre immensen Emissionen, die durch extremen Konsum und Investitionen entstehen, drastisch zu reduzieren. Möglichkeiten gibt es genug. So muss zum Beispiel niemand ständig fliegen oder braucht Privatjets, Yachten, Luxusvillen oder Garagen voller spritfressender Autos. Niemand ist gezwungen, in klimaschädliche Industrien zu investieren – Geld, das schnell in die erneuerbaren Energien umgeschichtet werden könnte.

Regierungen müssen Reiche und Superreiche sowie große Konzerne weltweit auch finanziell stärker in die Pflicht nehmen: Die immensen Vermögen auf ihren Bankkonten wären mehr als genug, um die klimafreundliche Transformation zu finanzieren. Eine höhere Besteuerung extremer Vermögen und Einkommen könnte Teile dieses exzessiven Reichtums der Allgemeinheit zuführen und so die Transformation voranbringen – bei uns und in den einkommensschwachen Ländern. Die Erlöse einer höheren Besteuerung extremer Vermögen könnten eine klimafreundliche Entwicklung ohne fossile Energien ermöglichen, Menschen und Gesellschaften darin unterstützen, sich an die klimatischen Veränderungen anzupassen und sie für die unvermeidlichen Zerstörungen, Schäden und Verluste entschädigen.

Steuern zur Rettung des Planeten

Die folgenden drei Arten von Steuern könnten zusammen Billionen US-Dollar für den Aufbau einer grünen und gerechten Welt generieren:

Vermögenssteuer: Oxfam hat berechnet, dass eine progressive Steuer auf die Vermögen der Millionär*innen und Milliardär*innen der Welt jedes Jahr 1,7 Billionen US-Dollar einbringen könnte.³¹ Zusätzlich könnte eine Steuer auf Investitionen in umweltbelastende Aktivitäten mindestens weitere 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr generieren.³²

Einkommenssteuer: Eine Steuer in Höhe von 60 Prozent auf die Einkommen des reichsten Prozents der Weltbevölkerung könnte zusätzlich zu den bisherigen Einnahmen 6,4 Billionen US-Dollar einbringen.³³

Übergewinnsteuer: 722 der größten Unternehmen der Welt haben in den letzten zwei Jahren jeweils unerwartete Übergewinne in Höhe von zusammen mehr als einer Billion US-Dollar eingestrichen.³⁴ Davon gingen durchschnittlich 237 Milliarden US-Dollar pro Jahr an 45 Energiekonzerne. Analysen von Oxfam und Action Aid zeigen, dass eine Steuer von 50 bis 90 Prozent nur auf die Übergewinne dieser 722 Megakonzerne bis zu 941 Milliarden US-Dollar hätte einbringen können.³⁵

Mehr soziale Gerechtigkeit

Mehr soziale Gerechtigkeit, auch durch Umverteilung von Einkommen und Vermögen und mehr Geschlechtergerechtigkeit, kann auf vielerlei Weise dazu beitragen, die Klimakrise zu bewältigen, weltweit nachhaltige Entwicklung zu fördern und für alle eine menschenwürdige Zukunft frei von Armut innerhalb der planetaren Grenzen sicherzustellen. Auch die Weltbank sagt: Mit weniger Ungleichheit würde die Beseitigung extremer Armut ein Drittel weniger Treibhausgase mit sich bringen als unter bestehenden Verhältnissen.³⁶

Mehr globale Gerechtigkeit ist sogar einer der wirkungsvollsten Hebel zur Senkung der CO₂-Emissionen.³⁷ Exzessiven Reichtum und die Zahl der Superreichen in der Welt zu verringern, würde hohe Emissionen durch extremen Konsum deutlich eingrenzen. Auch könnte die Umverteilung ihres Reichtums zugunsten umweltfreundlicherer Investitionen eine bedeutende Rolle bei der Reduzierung der Emissionen spielen.

Egalitäre Gesellschaften sind besser in der Lage, Risiken zu bewältigen und so Extremwetterschäden zu minimieren: Indem sie die Bewältigung gerechter verteilen verringern sie die Belastung insgesamt.³⁸ In Ländern mit größerer Ungleichheit wiegen die Folgen deutlich schwerer. Eine Studie über 573 Überschwemmungskatastrophen in 67 Ländern ergab, dass in Ländern mit hoher sozialer Ungleichheit siebenmal mehr Menschen starben als in Ländern, in denen Risiken gerechter verteilt sind.³⁹

Gerechte Gesellschaften gehen zudem konsensueller vor und sind politisch weniger gespalten^{40,41}. In ihnen finden sich mehr kooperative Unternehmensmodelle, bei denen Arbeitnehmer*innen besser vertreten sind.⁴² Solche Unternehmensformen eignen sich auch besser für soziale und ökologische Ziele⁴³ und sind in der Regel weniger von Profitmaximierung und dem Streben nach Rendite für ohnehin schon wohlhabenden Aktionär*innen bestimmt.

Zu viele Klimaschutzmaßnahmen zielen zu wenig oder gar nicht darauf ab, Belastungen gerecht zu verteilen. Das untergräbt oft die gesellschaftliche Unterstützung für die notwendige Transformation. Als Frankreichs Staatspräsident Macron 2018 versuchte, die Steuer auf Benzin und Diesel zu erhöhen und gleichzeitig die Vermögenssteuer für Superreiche abzuschaffen, löste das die Gelbwestenbewegung aus. Die Wut über die empfundene Ungerechtigkeit war so groß, dass der Präsident die Erhöhung der Kraftstoffsteuer rückgängig machen musste.

Doch es geht auch anders. Indonesien beispielsweise hat 2015 den Abbau von klimaschädlichen Subventionen für fossile Brennstoffe mit deutlich höheren Ausgaben in anderen Bereichen, wie Gesundheitsversorgung und Systemen der sozialen Sicherung, kompensiert. Potenzielle Wohlfahrtsverluste konnten abgedeckt werden.⁴⁴

Eine gerechte Wirtschaft schaffen

Stetiges Wachstum hat in unserem derzeitigen Wirtschaftssystem oberste Priorität – bei Fortbestehen extremer Ungleichheit. Folgt man dieser Logik, könnte man die Einkommen der ärmsten Bevölkerungsgruppen nur anheben, wenn gleichzeitig auch die Einkommen der Reichen und Superreichen weiter ansteigen würden. Das ist nicht nur unrealistisch, sondern würde den Überkonsum der Superreichen weiter befeuern, mit katastrophalen Folgen für Mensch und Planet.

Das aktuelle Wirtschaftsmodell basiert auf der Ausbeutung von Menschen, auf der Plünderung natürlicher Ressourcen und auf Umweltzerstörung. Die Auswirkungen auf die Umwelt blendet es aus, bürdet sie der Gesellschaft und nachfolgenden Generationen auf. Dieses System hat seine Wurzeln im Kolonialismus und ist weiterhin darauf angewiesen, die Menschen in ehemals kolonisierten Ländern auszubeuten, um die Taschen reicher Aktionär*innen der großen Unternehmen zu füllen. Es ist auch ein System, das enorme Beiträge zu unserem Wohlergehen weder anerkennt noch würdigt, wie die Milliarden Stunden unbezahlter Pflege- und Fürsorgearbeit, die insbesondere Frauen und Mädchen täglich leisten.⁴⁵

Im Sinne eines gerechten Übergangs müssen die Ziele unserer Volkswirtschaften vollkommen neu ausgerichtet werden – weg von Wirtschaftswachstum um jeden Preis, hin zum Wohl der Menschen und des Planeten. Das erfordert bewusstes, zielgerichtetes Handeln und eine Abkehr vom neoliberalen Wirtschaftssystem, in dem ein zielgerichtetes Eingreifen politischer Akteur*innen im Sinne des Gemeinwohls nicht vorgesehen ist. Das beinhaltet auch die gesellschaftliche und ökonomische Anerkennung von un- und unterbezahlter Pflege- und Fürsorgearbeit, die für das Wohlergehen von Gesellschaften und das Funktionieren der Wirtschaft unersetzlich ist und weltweit zum Großteil von Frauen und Mädchen geleistet wird.

Zwar sind Märkte ein wichtiger Motor für Wachstum und Wohlstand, aber Regierungen dürfen nicht länger von der fehlerhaften Prämisse ausgehen, dass der Motor das Auto lenkt. Die Vorstellung, dass das Wohlergehen aller und das Überleben unseres Planeten nicht Ziel wirtschaftlichen Handelns sein sollen, sondern allenfalls Nebenprodukt eines nach finanziellem Profit und immer größerem Reichtum für einige wenige strebenden Wirtschaftssystems sind, ist grundlegend abzulehnen.

Damit Regierungen eine fortschrittliche und den Wandel begünstigende Rolle übernehmen können, braucht es aktive Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement. Nur wenn die Menschen sich umfassend an politischen Entscheidungen beteiligen können, werden die Bedürfnisse, Wünsche und Ideen der in Armut lebenden Menschen, der Frauen und der am stärksten ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen Priorität erlangen.

↳ Klimaaktivist*innen von Oxfam Deutschland e.V. auf dem globalen Klimastreik im September 2023 in Berlin.
© Swati Jangle/Oxfam.



5. OXFAMS FORDERUNGEN

Wenn die Menschheit eine Zukunft haben soll, müssen wir für Gerechtigkeit sorgen. Nur eine massive Verringerung der Ungleichheit wird uns in die Lage versetzen, den Klimakollaps zu verhindern. Regierungen können und müssen jetzt handeln. Zentral sind dabei:



Eine schnelle und deutliche Verringerung der wirtschaftlichen Ungleichheit, um Emissionen zu reduzieren und die weltweite Armut zu überwinden, sowie eine grundlegende Neuausrichtung der wirtschaftspolitischen Ziele hin zu Wohlstand für alle innerhalb der planetaren Grenzen. Der Umbau muss insbesondere auch umfassend die Genderperspektive mitdenken und in allen Facetten zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen.



Die Reduzierung der weltweiten CO₂-Emissionen bis 2030 um die Hälfte und auf null bis 2050 sowie eine vollständige, sozial gerecht umgesetzte Abkehr von den fossilen Energien. Insbesondere Länder mit hoher Wirtschaftskraft und hohem Wohlstandsniveau müssen zügig und drastisch ihre Emissionen reduzieren – und reiche Bevölkerungsgruppen und große Unternehmen stärker in Pflicht nehmen.



Die Einführung von geeigneten Steuern, um Billionen von US-Dollar aus den Händen von Unternehmen und Superreichen wieder dem Gemeinwohl zuzuführen, zur Finanzierung der klimafreundlichen und sozial gerechten Transformation und insbesondere auch zur Unterstützung bei Klimaschutz, Anpassung an die Klimakrise und zum Ausgleich ihrer unvermeidlichen Verluste und Schäden.

QUELLEN

- 1 World Inequality Lab (2023): Climate Inequality Report 2023. <https://wid.world/news-article/climate-inequality-report-2023-fair-taxes-for-a-sustainable-future-in-the-global-south/>
- 2 CDP (2017): The Carbon Majors Database CDP Carbon Majors Report 2017. <https://cdn.cdp.net/cdp-production/cms/reports/documents/000/002/327/original/Carbon-Majors-Report-2017.pdf?1501833772>
- 3 Oxfam (2023): Climate Equality: A Planet for the 99%, Methodology Note.
- 4 Inequality.org (o.D.): Facts: Gender Economic Inequality. <https://inequality.org/facts/gender-inequality>, und Oxfam (2020): Time to Care.
- 5 Wir setzen uns für geschlechtliche Vielfalt ein und unsere Inhalte sollen alle Menschen ansprechen. Aus diesem Grund beziehen wir uns in unseren Berichten auf Personen verschiedener Geschlechtsidentitäten über das binäre Geschlechtssystem hinaus. Sollten wir spezifisch auf weiblich oder männliche Personen referenzieren, ergibt sich dies aus den Daten, auf welche wir uns jeweils beziehen. Auch diesbezüglich wünschen wir uns eine differenziertere Abbildung aller Geschlechtsidentitäten.
- 6 Goldstein, B. et al. (2022): Racial Inequity in Household Energy Efficiency and Carbon Emissions in the United States: An Emissions Paradox. <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2214629621004552>
- 7 R. Rätty, A. Carlsson-Kanyama (2010): Energy Consumption by Gender in Some European Countries. https://econpapers.repec.org/article/eeeeenepol/v_3a38_3ay_3a2010_3ai_3a1_3ap_3a646-649.htm
- 8 ECOWAS (2017): ECOWAS Policy For Gender Mainstreaming in Energy Access. http://www.ecreee.org/sites/default/files/ecow_pol-en_print.pdf
- 9 Patnaik, S. und S. Jha. (2020): Caste, Class and Gender in Determining Access to Energy: A Critical Review of LPG Adoption in India. <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S2214629620301079?via%3Dihub>
- 10 Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) schätzt in seinem Emissions Gap Report von 2020, dass für eine Begrenzung der Erwärmung auf maximal 1,5°C im Jahr 2030 die globalen Emissionen auf 33 Gt CO₂-Äquivalenten reduziert werden müssen (Spanne 26–34). CO₂ hätte daran einen Anteil von 24 Gt. Nimmt man für 2030 eine Weltbevölkerung von 8,5 Mrd. Menschen an, ergeben sich rund 2,8 t CO₂ pro Kopf und Jahr. Aber Achtung: Das ist nur ein durchschnittlicher Wert, der außer Acht lässt, dass insbesondere die reichen Länder in der Vergangenheit schon überproportional mit Treibhausgasen das Weltklima in die gegenwärtige Krise gebracht haben.
- 11 Oxfam-Berechnungen auf Basis der Zahlen des Stockholm Environment Institutes.
- 12 Barros u.a. (2021): The outsized carbon footprints of the super-rich. <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/15487733.2021.1949847>
- 13 Oxfam (2022): Survival of the richest methodology note.
- 14 Die ausgewählten 125 stammen aus der Bloomberg-Liste der reichsten 500 Menschen, sind aber auf jene Milliardär*innen begrenzt, über die erstens ausreichend Daten zu den Unternehmensmissionen vorhanden sind und die zweitens mindestens 10 Prozent an mindestens einem Unternehmen halten. Zur genauen Methode siehe Oxfam (2022): Carbon Billionaires. The investment emissions of the world's richest people. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/carbon-billionaires-the-investment-emissions-of-the-worlds-richest-people-621446>
- 15 Oxfam (2022): Carbon Billionaires: The investment emissions of the world's richest people. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/carbon-billionaires-the-investment-emissions-of-the-worlds-richest-people-621446>. In der Studie werden die Scope-1- und Scope-2-Emissionen der Unternehmen, in die diese Personen investiert haben, auf Grundlage ihrer Kapitalbeteiligungen zugeordnet.
- 16 Kenner (2019): Carbon Inequality. The Role of the Richest in Climate Change.
- 17 Ortiz-Bobea, A., T. Ault, C. Carrillo, R. Chambers, D. Lobell (2021): Anthropogenic climate change has slowed global agricultural productivity growth.
- 18 UNFCCC (2022): A Billion of the World's Most Climate-Vulnerable People Live in Informal Settlements – Here's What They Face. <https://climatechampions.unfccc.int/a-billion-of-the-worlds-most-climate-vulnerable-people-live-in-informal-settlements-heres-what-they-face/>
- 19 UNDRR (2022): Education's Crucial Role in Community Climate Change Adaptation. <https://www.preventionweb.net/news/educations-crucial-role-community-climate-change-adaptation>
- 20 Oxfam (2013): No Accident. Resilience and the Inequality of Risk. <https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/292353/bp172-no-accident-resilience-inequality-of-risk-210513-en.pdf>
- 21 FAO (2023): The Status of Women in Agrifood Systems – Overview. <https://www.fao.org/3/cc5060en/cc5060en.pdf>
- 22 Siehe z.B. Benlemlih, M. (2022): Do Political and Social Factors Affect Carbon Emissions? Evidence from International Data. <https://doi.org/10.1080/00036846.2022.2056128>; Ergas c., und York, R. (2012): Women's Status and Carbon Dioxide Emissions: A Quantitative Cross-National Analysis. <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0049089X12000609>; and Nuber, C. and Vette, P. (2021): Board Gender Diversity and Carbon

- Emissions: European Evidence on Curvilinear Relationships and Critical Mass. Business Strategy and the Environment. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1002/bse.2727>
- 23 Y. Altunbas et al. (2021). Does Gender Diversity in the Workplace Mitigate Climate Change? BIS, 977. <https://www.bis.org/publ/work977.htm>
- 24 World Economic Forum (2019): Global inequality is 25% higher than it would have been in a climate-stable world. <https://www.weforum.org/agenda/2019/05/global-inequality-is-25-higher-than-it-would-have-been-in-a-climate-stable-world/>
- 25 Wilkinson, R. und Pickett, K. (2022): From Inequality to Sustainability. https://www.clubofrome.org/wp-content/uploads/2022/05/Earth4All_Deep_Dive_Wilkinson_Pickett.pdf
- 26 Ann-Cathrin Beermann und Christian Fischle (2021): Folgekosten der Klimakrise: Warum sie die gesellschaftliche Ungleichheit verstärken.
- 27 Umweltbundesamt (2023): Umweltbewusstsein in Deutschland 2022. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage.
- 28 Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung beispielsweise hält als ein zentrales Ergebnis fest: „Eine integrierte Klima- und Verteilungspolitik ist für eine effektive Klimapolitik und Ungleichheitsreduktion notwendig und möglich.“ Miriam Rehm, Vera Huwe, Katharina Bohnenberger (2023): Klimasoziale Transformation – Klimaschutz und Ungleichheitsreduktion wirken Hand in Hand.
- 29 IEA, IRENA, UNSD, World Bank, WHO (2023): Tracking SDG 7, The Energy Progress Report 2023. <https://www.who.int/publications/m/item/tracking-sdg7--the-energy-progress-report-2023>
- 30 Oxfam (2023): Climate Finance Shadow Report 2023. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/climate-finance-shadow-report-2023-621500/>
- 31 Das in unserer Analyse angewandte Steuermodell ist eine dreistufige progressive Besteuerung, bei der alle Nettovermögen unter 5 Millionen US-Dollar nicht besteuert werden. Ab 5 Mio. bis 50 Mio. US-Dollar wird das Nettovermögen mit 2 % besteuert, das Nettovermögen von 50 Mio. bis 1 Mrd. US-Dollar mit 3 % und das Nettovermögen ab 1 Mrd. US-Dollar mit 5 %. Genaue Berechnung siehe Oxfam (2023): Climate Equality: A Planet for the 99%, Methodology Note.
- 32 World Inequality Lab (2023): Climate and Inequality Report.
- 33 Genaue Berechnung siehe Oxfam (2023): Climate Equality: A Planet for the 99%, Methodology Note.
- 34 Die Analyse basiert auf der Forbes „Global 2000“-Liste der weltweit 2.000 größten börsennotierten Unternehmen. Übergewinne wurden als solche definiert, die die durchschnittlichen Gewinne im Zeitraum 2017–2020 um mehr als zehn Prozent übersteigen. Siehe Oxfam International, ActionAid (2023): Corporation Windfall Profits Rocket to \$1 Trillion a Year. <https://www.oxfam.org/en/press-releases/big-business-windfall-profits-rocket-obscene-1-trillion-year-amid-cost-living-crisis>
- 35 Oxfam International, ActionAid (2023): Corporation Windfall Profits Rocket to \$1 Trillion a Year. <https://www.oxfam.org/en/press-releases/big-business-windfall-profits-rocket-obscene-1-trillion-year-amid-cost-living-crisis>
- 36 World Bank (2023): The Climate Implications of Ending Global Poverty. <https://documents.worldbank.org/en/publication/documents-reports/document-detail/099557002242323911/idu0bbf17510061a9045530b57a0ccaba7a1dc79>
- 37 L. Chancel, T. Piketty (2015): Carbon and Inequality: From Kyoto to Paris Trends in the Global Inequality of Carbon Emissions (1998–2013) & Prospects for an Equitable Adaptation Fund.
- 38 Oxfam (2013): No Accident. Resilience and the Inequality of Risk. <https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/292353/bp172-no-accident-resilience-inequality-of-risk-210513-en.pdf>
- 39 Lindersson, S. u.a. (2023): The wider the gap between rich and poor the higher the flood mortality. <https://doi.org/10.1038/s41893-023-01107-7>
- 40 R. Wilkinson, K. Pickett (2022): From Inequality to Sustainability. https://www.clubofrome.org/wp-content/uploads/2022/05/Earth4All_Deep_Dive_Wilkinson_Pickett.pdf
- 41 Umgekehrt untergräbt ein anhaltend hohes Maß an Ungleichheit das soziale Vertrauen, fördert den Glauben an Verschwörungstheorien und schürt Polarisierung, was es unwahrscheinlicher macht, dass die sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die wir für einen gerechten Wandel brauchen, überhaupt erst vorgeschlagen, geschweige denn umgesetzt werden. In vielen Ländern ist der Widerstand gegen Klimaschutz eine zentrale Säule der politischen Polarisierung und des Populismus nicht nur des extremen, sondern auch des gemäßigten politischen Spektrums geworden.
- 42 International Co-operative Alliance (2017): The Doing Co-operative Business Report. <https://www.ica.coop/en/media/library/the-doing-co-operative-business-report>; und Oxfam (2018): Reward Work, Not Wealth.
- 43 International Co-operative Alliance und International Labour Organization (o.d.): Cooperatives and the Sustainable Development Goals. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/--ed_emp/documents/publication/wcms_240640.pdf
- 44 IISD (2016): Indonesia Uses Savings from Fossil Fuel Subsidy Reform to Finance Development. <https://www.iisd.org/articles/press-release/indonesia-uses-savings-fossil-fuel-subsidy-reform-finance-development>
- 45 Oxfam (2020): Time to Care: Unpaid and underpaid care work and the global inequality crisis. https://www.oxfam.de/system/files/2020_oxfam_ungleichheit_studie_englisch_time-to-care.pdf

Impressum

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 21 Oxfam-Organisationen gemeinsam mit rund 3.000 Partner*innen in rund 90 Ländern.

Herausgeber: Oxfam Deutschland e. V.,
November 2023

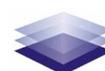
V.i.S.d.P.: Serap Altinisik, Oxfam Deutschland e. V.,
Am Kölnischen Park 1, 10179 Berlin,
Tel.: +49 30 4530690, E-Mail: info@oxfam.de

Autor*innen: Jan Kowalzig, Mara Brückner, Manuel Schmitt
Redaktion: Charlotte Becker, Julia Jahnz und Mara Brückner
Gestaltung: Ole Kaleschke | olekaleschke.de

www.oxfam.de

UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT DURCH IHRE SPENDE

Oxfam Deutschland e.V.
Spendenkonto:
IBAN: DE87 3702 0500 0008 0905 00
BIC: BFSWDE33XXX
Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 80 90 500 BLZ: 370 205 00
Stichwort: KAMPAGNEN
www.oxfam.de/spenden



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Deutscher
Spendenrat e.V.



Diese Publikation wird mit der finanziellen Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt ist allein Oxfam Deutschland e.V. verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.



OXFAM
Deutschland